

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 15. November 2023 in Brüssel

Am 15. November 2023 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen die Reform des europäischen Wahlrechts, die legislative Programmplanung, die Vorbereitung des Europäischen Rates am 14./15. Dezember 2023, die Rechtsstaatlichkeit in Polen, die Werte der Union in Ungarn, die Zukunft Europas, die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, der Vorschlag zur Änderung des EU-Sprachenregimes, sowie die Gebiete in äußerster Randlage.

Europäisches Wahlrecht

Es fand eine Aussprache zu Kernelementen des Vorschlags des Europäischen Parlaments vom 3. Mai 2022 für eine Reform des europäischen Wahlrechts statt. Dabei wurde vereinbart, dass die Arbeiten auf technischer Ebene fortgeführt werden.

Legislative Programmplanung

Kommissar Johannes Hahn stellte das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2024 vor und bot einen Überblick über die in Aussicht genommenen Prioritäten. Er hob dabei u.a. die Reduktion von Verwaltungsaufwand, die Initiativen für das Voranbringen des grünen und digitalen Wandels, die EU-Erweiterung, die Stärkung der Partnerschaft mit Afrika sowie die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Menschen schmuggel hervor.

Vorbereitung des Europäischen Rates am 14./15. Dezember 2023

Es fand ein Austausch auf Basis des Entwurfs der erläuterten Tagesordnung für den Europäischen Rat am 14./15. Dezember 2023 statt.

Ich sprach mich für die Behandlung von zwei zusätzlichen Themen beim Europäischen Rat aus. Einerseits sei es wichtig, dass sich der Europäische Rat angesichts des exponentiellen Anstiegs antisemitischer Vorfälle in Europa auch wiederum mit der Bekämpfung von Antisemitismus beschäftige. Andererseits brauche es angesichts der weiterhin angespannten Migrationssituation eine umfassende Diskussion zum Thema Migration.

Zur EU-Erweiterung verwies ich auf die laufende Detailprüfung des umfassenden Erweiterungspakets der Europäischen Kommission vom 8. November 2023. Jedenfalls sei essentiell, dass für alle Länder dieselben Kriterien und Verfahren angewandt werden. Der Prozess müsse leistungsbezogen und im Einklang mit strikten und fairen Konditionen sein. Es könne kein fast-track-Verfahren bzw. Abkürzungen für den EU-Beitritt und keine zwei Klassen an Beitrittskandidaten geben.

Zur Lage im Nahen Osten unterstrich ich die ausgewogenen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 26./27. Oktober 2023 und hob insbesondere die Verurteilung des Terrorangriffs der Hamas, das Recht Israels auf Selbstverteidigung im Einklang mit dem Völkerrecht und den Aufruf zur bedingungslosen Freilassung der Geiseln durch die Hamas hervor.

Zur Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens bekräftigte ich die österreichische Position, dass Prioritäten gesetzt werden und die bestehenden Mittel dementsprechend umgeschichtet werden müssen. Dazu brauche es noch weitere intensive Arbeiten.

Rechtsstaatlichkeit in Polen und Werte der Union in Ungarn: Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 EUV (begründeter Vorschlag)

Der für Justiz zuständige EU-Kommissar Didier Reynders berichtete über die jüngsten Entwicklungen in Polen und Ungarn aus Sicht der Europäischen Kommission und stellte dabei fest, dass noch einige Punkte offen seien. Die Europäische Kommission werde mit beiden Ländern weiterhin in engem Dialog bleiben.

Zukunft Europas

Zur Zukunft Europas fand eine Orientierungsaussprache der Ministerinnen und Minister statt.

Beziehungen EU – Vereinigtes Königreich

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič informierte über den Stand der Umsetzung des „Windsor Framework“ und des Handels- und Kooperationsabkommens. Im Fokus standen insbesondere die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an Unionsprogrammen, Ursprungsregeln für Elektroautos, Jugendmobilität und außenpolitische Dialoge.

Änderung der Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Der spanische Ratsvorsitz informierte über den Stand der Arbeiten zum Vorschlag, die Regionalsprachen Baskisch, Galizisch und Katalanisch in das Sprachenregime der EU aufzunehmen und die relevante Verordnung dahingehend zu ändern.

Sonstiges: Gebiete in äußerster Randlage

Unter „Sonstiges“ informierte der spanische Ratsvorsitz über die Ergebnisse der jährlichen Konferenz der Präsidenten der Gebiete in äußerster Randlage, die am 8./9. November 2023 auf Teneriffa, Spanien stattfand.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

5. November 2023

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin